

### Polen auf Stabilitätskurs

Quirin, Anna; Bastos, Stephen

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Quirin, A., & Bastos, S. (2011). *Polen auf Stabilitätskurs*. (DGAP-Analyse kompakt, 8). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-379042>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

#### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

# DGAPanalyse

kompakt

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider (Hrsg.)  
Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der DGAP e. V.

Oktober 2011 N° 8  
ISSN 2191-4869

## Polen auf Stabilitätskurs

von Anna Quirin und Stephen Bastos



Deutsche Gesellschaft  
für Auswärtige Politik e.V.

## Polen auf Stabilitätskurs

von Anna Quirin und Stephen Bastos

*Polen hat gewählt. Ministerpräsident Donald Tusk und seine Regierungspartei »Bürgerplattform« (PO) haben die Parlamentswahlen in Polen mit 39,2% klar für sich entschieden. Mit 29,9% der Stimmen bleibt Jarosław Kaczyński von der oppositionellen Partei »Recht und Gerechtigkeit« (PiS) nur die Rolle als führende Oppositionskraft. Damit ist zum ersten Mal in der Geschichte des freien Polens seit 1989 eine Regierung wiedergewählt worden. Dies markiert einen historischen Erfolg für die Regierung von Donald Tusk nach einem insgesamt ungewöhnlich ruhigen Wahlkampf. Die PO kann deshalb ihre Koalition mit der Bauernpartei (PSL) fortsetzen. Die Parteienlandschaft hat sich weiter stabilisiert.*

Verlauf und Ergebnis der Wahlen sind Ausdruck eines verbreiteten Wunsches einer wachsenden polnischen Mittelschicht nach einem unideologischen, pragmatischen und kooperativen Politikstil. Allerdings belegt der Wahlausgang eine nach wie vor starke Polarisierung zwischen einem liberalkonservativen (PO) und einem nationalkonservativen (PiS) Lager, die sich auch wieder geographisch in einer Teilung Polens in einen (Nord-)West (PO) und (Süd-) Ostteil (PiS) äußert.

Polen profiliert sich mit diesem Wahlergebnis weiter als ein wirtschaftlich erfolgreicher und politisch verlässlicher Stabilitätsanker mit wachsendem Gestaltungsanspruch in einem krisengeschüttelten Europa. Der Wahlausgang beinhaltet dabei eine wichtige Botschaft an die europäischen Partner: Auch in der aktuellen Krise lassen sich mit einem offensiven proeuropäischen Kurs Wahlen gewinnen. Die zweite Amtsperiode Tusks verspricht aber unter Einfluss der sich zuspitzenden internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise, des steigenden innenpolitischen Reformdrucks und der wachsenden sozialen Spannungen im Land um einiges schwieriger zu werden als die Jahre 2007 bis 2011.

Die regierende Bürgerplattform (PO) unter Führung von Donald Tusk ist mit 39,2% der Stimmen der klare Sieger der polnischen Parlamentswahlen. Die größte Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) von Jarosław Kaczyński blieb mit 29,9% der Stimmen zum sechsten Mal in Folge bei Wahlen nur der zweite Platz.<sup>1</sup> Der aktuelle und künftige Koalitionspartner der PO, die Bauernpartei (PSL) bekam 8,4% und lag damit noch vor dem linken

Bund der Demokratischen Parteien (SLD), der mit 8,2% der Stimmen der große Verlierer der Wahlen ist. Mit 10,0% wird die antiklerikale populistische Bewegung von Janusz Palikot als Überraschungssieger dieser Wahlen erstmals in den Sejm ziehen.

Zum ersten Mal in der Geschichte der neuen Republik wurde damit eine Regierung für eine zweite Amtszeit gewählt. Dies ist nicht nur vor dem Hintergrund der polnischen Erfahrungen der letzten 20 Jahre bemerkenswert, sondern auch mit Blick auf die aktuelle politische Landkarte in Europa, die durch zahlreiche Regierungswechsel in Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt ist (Großbritannien, Irland, Portugal, Finnland). Das Wahlergebnis und der insgesamt ungewöhnlich ruhige Wahlkampf dokumentieren die Stabilisierung der polnischen Demokratie im Allgemeinen und der politischen Parteienlandschaft im Besonderen. Die Wahlen dokumentieren die erfolgreiche Herausbildung einer bürgerlichen Mittelschicht in Polen, die ideologische Experimente in der Politik ablehnt und einen pragmatischen, lösungsorientierten Politikstil bevorzugt. Zum wiederholten Male zeigt sich, dass auch in Polen Wahlen in der politischen Mitte gewonnen werden.

### Stabilität statt Experimente

Nachdem die Bürgerplattform in den Umfragen lange Zeit vermeintlich sicher vorne lag, holte die PiS in den letzten Wochen vor den Wahlen kräftig auf. Dabei war der Wahlkampf stärker als bei vorherigen Wahlen ganz auf das Duell Tusk-

Kaczyński zugeschnitten. Die Wahlkampagnen beider Lager waren stark auf die Mobilisierung der eigenen Stammwählerschaft ausgerichtet, die bei der in Polen traditionell niedrigen Wahlbeteiligung einen entscheidenden Erfolgsfaktor bildet. Kaczyński versuchte sich darüber hinaus vergeblich, mit einer zum Teil ungeschickt anmutenden Wahlkampagne als Fürsprecher der polnischen Jugend zu präsentieren.<sup>2</sup>

Die Wahlbeteiligung ist mit 48,9% höher als prognostiziert und liegt damit nur leicht unter der Rekordbeteiligung von 2007 (53,8%). Allerdings bleibt die relativ niedrige Wahlbeteiligung ein ernstes strukturelles Defizit der polnischen Demokratie.

Kaczyński kann traditionell auf die Stimmen vor allem älterer, bildungsferner, religiös gesinnter Menschen rechnen, die überwiegend in ländlichen Gebieten leben und verstärkt von sozialen Problemen wie z. B. Arbeitslosigkeit betroffen sind. Die Stammwähler von Tusk hingegen leben überwiegend in mittleren und größeren Städten, sind besser ausgebildet und mit ihrer allgemeinen Lebenssituation eher zufrieden.<sup>3</sup>

Interessant ist dennoch, dass viele aus der Wählergruppe der unter 30-jährigen, die Tusk 2007 noch am stärksten unterstützt hat, sich diesmal enttäuscht von ihm abgewendet haben. 2007 war vor allem eine Antikaczyńskiwahl. Die PO stand aber auch für das Versprechen eines pragmatischen, ruhigen politischen Diskurses und vor allem eines wirtschaftlichen und zivilisatorischen Sprungs nach vorne. Das spiegelte sich in dem damals populären Wahlslogan »Wir werden das zweite Irland sein« wieder.

Bei diesen Wahlen war die Situation eine andere. Zum einen verblasste die Erinnerung an die affärengegeschüttelte Kaczyński-Zeit nicht nur unter den Erstwählern immer mehr. Zum anderen ist die Lage der jungen Leute auf dem Arbeitsmarkt alarmierend. Die Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen hat sich im Vergleich zum Jahr 2007 verdoppelt.<sup>4</sup> Viele junge Menschen arbeiten auch mit einem Hochschulabschluss auf Basis von sogenannten »Müllverträgen«, die keine dauerhafte Beschäftigung garantieren. Damit sinkt automatisch

die Chance ihrer Kreditwürdigkeit, was den Erwerb einer eigenen Wohnung, die in Polen oft noch als eine Grundvoraussetzung für die Familiengründung betrachtet wird, deutlich erschwert.

Die tiefe politische Spaltung Polens in ein liberal-konservatives (PO) und ein nationalkonservatives (PiS) Lager hat sich durch die Wahlen weiter vertieft. Die Rivalität von PO und PiS, die beide aus dem Erbe der Solidarność-Bewegung hervorgegangen sind, prägt die politische Landschaft Polens seit 2005, als der Doppelsieg der Kaczyński-Zwillinge bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen die heruntergewirtschafteten Postkommunisten ablöste. Der Flugzeugabsturz von Smolensk in 2010 hatte die Polarisierung weiter vertieft und bedroht seitdem die politische Kultur des Landes.

Zwar hat Kaczyński seine sonst scharfe Wahlkampfrhetorik, ähnlich wie während der Präsidentschaftswahl im letzten Jahr, zunächst aus taktischen Kalkül heraus gemildert und die Smolensk-Tragödie nicht wie befürchtet zum zentralen Thema seiner Wahlkampagne gemacht. Seine antideutschen Einlassungen in der letzten Woche vor der Wahl machten allerdings deutlich, dass nach den Wahlen mit einer Rückkehr zum traditionellen ideologischen Konfrontationskurs der PiS gerechnet werden muss. Das Verhältnis der PiS zu anderen politischen Parteien, insbesondere zur PO, ist weiter von einem Gefühl moralischer Überlegenheit geprägt.<sup>5</sup> Die PiS versteht sich als einzig legitimer Bewahrer christlicher Werte und der polnischen Tradition und Kultur. Der Wahlkampf ist somit nicht von einem Kampf um ein besseres politisches Programm geprägt, sondern wird als eine historische Mission verstanden, die auf die Verteidigung des wahren Polentums abzielt. Die PO ist demnach ein Erzfeind, der die Interessen Polens nicht ausreichend gegen fremde Mächte schützt und damit Polen schwächt.

Die Ergebnisse der Wahlen zeigen deutlich, dass das ideologisch aufgeheizte Politikverständnis im klaren Kontrast zur vorherrschenden Stimmungslage in Polen und zum Lebensgefühl der Mehrheit der Gesellschaft steht. Die pragmatische, ideologiefreie Politik von Tusk, eine Politik der kleinen Schritte, wie er sie selbst nennt, ist den meisten

Polen näher. Die Polen haben sich mit der Wahl für eine wenig visionäre, aber stabilisierend wirkende und vor allem eine vorhersehbare Politik entschieden und haben auf neue ideologische Experimente verzichtet.

## Gewinner und Verlierer

Premierminister Donald Tusk und sein Stellvertreter von der PSL-Partei, Waldemar Pawlak, haben sich bereits vor den Wahlen für eine Fortführung der bestehenden Koalition ausgesprochen, sofern das das Wahlergebnis zulässt. Trotz leichter Verluste beider Koalitionspartner verfügen sie auch im neuen Sejm über eine sichere Mehrheit der Stimmen. Die Koalition wird daher voraussichtlich weiter regieren. Tusk hatte aber bereits im Vorfeld der Wahlen angekündigt, dass es zu einer größeren Regierungsumbildung kommen wird und nicht viel mehr als fünf der derzeitigen Minister auch dem neuen Kabinett angehören werden.<sup>6</sup> Sicher dürfte allerdings der Posten von Außenminister Radosław Sikorski sein, der neben Sejmarschall Grzegorz Schetyna auch als möglicher Nachfolger Tusks als Ministerpräsident und PO-Vorsitzender gehandelt wird, falls sich Tusk im Laufe der Legislaturperiode zu einem freiwilligen Rückzug entschließen sollte.

Die PiS musste sich zwar zum sechsten Mal in Folge der PO geschlagen geben, konnte aber mit 30% ihren Stimmenanteil auf hohem Niveau stabilisieren und somit ihre Rolle als führende Oppositionspartei bestätigen. Kaczyński hat die PiS, die ganz auf seine Person zugeschnitten ist, mit diesem Ergebnis weiter fest im Griff und wird sicher bei den nächsten Wahlen einen weiteren Anlauf zur Rückeroberung der Macht in Polen antreten. Bis zur nächsten Wahlkampagne ist es wahrscheinlich, dass sich die PiS unter Kaczyński von ihrem taktisch bestimmten gemäßigten Auftreten während des Wahlkampfes verabschiedet und wieder zur gewohnten radikalen nationalpopulistischen Rhetorik zurückkehrt, die letztlich auch von ihrem politischen Programm gedeckt wird.

Zu den größten Verlierern der Wahlen gehört die Partei von Grzegorz Napieralski, die SLD. Die Partei hat bei den letzten Parlamentswahlen 2007 13%

der Stimmen erhalten, Anfang dieses Jahres lagen die Umfragewerte der Partei sogar bei 18%. Die Tage von Grzegorz Napieralski, der zu Beginn seiner Zeit als Vorsitzender der Partei als neuer Stern der polnischen Linken bejubelt wurde, sind nach dem enttäuschenden Wahlergebnis gezählt.

Als großer Überraschungssieger der Wahlen kann sich Janusz Palikot mit seiner linkspopulistischen, radikal antiklerikalen Protestpartei »Bewegung Palikot« fühlen. Palikot, dessen Karriere als erfolgreicher Geschäftsmann begann, war ein langjähriger Gefolgsmann Tusks, bis er sich 2010 im Streit von ihm trennte und seine eigene Partei gründete. Trotz seiner politischen Karriere ist es ihm gelungen, sich mit unkonventionellen politischen PR-Auftritten als Bewegung gegen das Establishment zu profilieren und damit vor allem junge Wähler, die sich weder von der PO noch von der SLD angesprochen fühlen, zu gewinnen. Zu seinen zentralen Themen gehören die Legalisierung von Marihuana und Homoehe und eine strikte Trennung von Kirche und Staat. Im Unterschied zu linkspopulistischen Bewegungen in Westeuropa plädiert er für einen völligen Rückzug des Staates aus der Wirtschaft. Palikots Erfolg wirft ein interessantes Licht auf die weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen in der polnischen Gesellschaft im Zuge des umfassenden Modernisierungsprozesses der letzten 20 Jahre. Ob Palikot sich zu einer dauerhaften politischen Kraft in Polen entwickeln kann, ist angesichts der bislang dünnen programmatischen und personellen Ausstattung der Partei allerdings fraglich.

## Tusks zweite Chance

Mit dem Wahlsieg hat Tusk nun ein klares Mandat für die nächsten vier Jahre. Seine Ausgangslage erscheint besser als 2007, da über seiner Regierung kein Damoklesschwert in Form eines Vetos aus dem Präsidentenpalast schwebt. Sowohl Regierung als auch das Präsidentenamt sind in den Händen der PO. Allerdings fällt damit auch ein potenzielles Alibi für das Ausbleiben notwendiger unpopulärer Reformentscheidungen weg.

Die Bilanz der ersten Amtszeit von Tusk ist eher durchwachsen. Tusk hat zwar einen neuen pragma-

tischen und flexiblen Politikstil eingeführt, die notwendigen harten Reformen im Bereich der Staatsfinanzen oder im Gesundheits- oder Rentensektor ist er bislang jedoch kaum angegangen.

Ein gutes Beispiel für seine pragmatische Vorgehensweise ist seine Haltung zur Euro-Einführung. Noch 2008 versicherte Tusk, dass die Euroeinführung in Polen 2011 abgeschlossen sein wird.<sup>7</sup> Heute treffen weder Tusk noch der Finanzminister Jacek Rostowski jegliche Aussagen darüber, wann Polen der Eurozone beitrifft. Angesichts der Probleme innerhalb der Eurozone will Polen die Entwicklungen abwarten, bevor es sich festlegt. Man kann dieser Position Verständnis entgegen bringen, in dieser zögernden und wenig festen Haltung lag aber gleichzeitig auch das größte Manko der ersten Regierung Tusk.

Im neuen Programm für die nächsten vier Jahre kündigt Tusk eine Fortsetzung der bisherigen Politik an. Einen großen Wert legt er dabei auf die Stärkung des Humankapitals und der Zivilgesellschaft, beides Themen, bei denen es in Polen einen großen Nachholbedarf gibt.<sup>8</sup> Tusks Programmatik ist, zumindest den Wahlkampfaussagen nach, deutlich sozialer geworden. Das betrifft sowohl die Unterstützung für die ärmsten Schichten der Gesellschaft als auch eine tiefere Rücksichtnahme auf soziale Folgen wirtschaftlicher Reformen. Die strikten wirtschaftsliberalen Prinzipien wurden auf den Prüfstand gestellt.<sup>9</sup> Die Regierung will angeblich nicht mehr die schnelle Privatisierung staatlicher Unternehmen vorantreiben. Stattdessen setzt sie auf den Aufbau starker nationaler Champions in einzelnen Schlüsselsektoren.

In seinem Programm setzt Tusk zudem vermehrt auf EU-Gelder, die dem Land zu einem weiteren infrastrukturellen und wirtschaftlichen Sprung verhelfen sollen. Ähnlich wie in der ersten Amtszeit Fußball- und Sportplätze massenweise in den Dörfern gebaut wurden, sollten nun Sozialräume mit Computern und Internetzugang auf dem Lande besonders gefördert werden. Bürgerliches Engagement soll dabei großgeschrieben werden.

Die Probleme, die man in Polen dringend angehen muss, liegen zu Tage: Die Staatsfinanzen müssen

saniert und das Budgetdefizit unter 3% des BIP gesenkt werden, die ausufernde Bürokratie, die unter der Regierung Tusk trotz gegenteiliger Versprechen um 60 000 Arbeitsplätze angewachsen ist, muss reduziert werden, die Bedingungen für Firmengründungen und Unternehmensführung müssen verbessert und nicht zuletzt die alarmierend wachsende Arbeitslosigkeit unter jungen Leuten muss bekämpft werden. Auf der Warteliste stehen auch unpopuläre Reformen, wie die Verlängerung des Rentenalters oder die Rentenreform im Bereich der Beamten und Landwirte.

Die für die Bewältigung der Herausforderungen notwendigen Reformschritte verlangen Mut und die Bereitschaft, unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Ob Tusk, dessen Politikstil bislang auf Vermeidung politischer Konflikte abzielt, die Probleme mit der nötigen Entschlossenheit angehen wird, ist nach den Erfahrungen der ersten Amtszeit und seinen Aussagen während des Wahlkampfes zu bezweifeln.

Insgesamt verspricht die zweite Amtsperiode für Tusk um einiges schwieriger zu werden als die letzten vier Jahre. Dafür sprechen die bislang verschleppten notwendigen Strukturreformen, die sich zuspitzende globale Finanzkrise und die europäische Schuldenkrise, in deren Folge der polnische Złoty trotz zweimaliger Intervention der polnischen Nationalbank in den letzten Wochen rund 10% seines Wertes gegenüber dem Euro verloren hat, die wachsenden sozialen Spannungen im Lande, auf die die PO bislang keine überzeugende Antwort liefern konnte, und nicht zuletzt auch der mit zunehmender zeitlichen Distanz zu der Regierungszeit der Kaczyński-Brüder schwächer werdende Antikaczyńskiefekt in der polnischen Gesellschaft.

## Polens außen- und europapolitische Position gestärkt

Außen- und europapolitische Fragen wurden im Wahlkampf kaum thematisiert. Außenpolitische Debatten kamen, so weit sie überhaupt stattfanden, nicht über allgemeine Plattitüden und Schlagworte hinaus. Dass sich daraus nicht auf einen parteiübergreifenden außen- und europapolitischen Grund-

konsens schließen lässt, machte die letzte Woche vor den Wahlen deutlich. Unter wachsenden Druck der Umfrageergebnisse versuchte Kaczyński auf den letzten Metern wieder die »deutsche Karte« zu spielen. In seinem neuen Buch »Das Polen unserer Träume«<sup>10</sup> widmet er gleich ein ganzes Kapitel Angela Merkel und greift sie mit einer dunklen Unterstellung an: »Ich glaube nicht, dass die Kanzlerschaft Angela Merkels das Ergebnis eines reinen Zufalls war.« Er verzichtet bewusst auf jegliche Präzisierungen und suggeriert stattdessen dunkle Stasimachenschaften, die Merkel zur Kanzlerschaft verholfen haben. Weiter schreibt er, Merkel wolle »die imperiale Macht Deutschlands« wiederherstellen, baue daher auf eine »strategische Achse nach Moskau« und erwarte von »Polen vor allem Unterordnung«. Er warnt vor deutschen Investitionen in Westpolen und greift sogenannte »gekaufte« polnische Intellektuelle an, die sich seit Jahren für die Verständigung mit Deutschland einsetzen. Kaczyński legte in den letzten Tagen vor der Wahl mit antideutschen Äußerungen wiederholt in Interviews und Pressekonferenzen nach.

Bis dahin verhinderte ein taktisches Kalkül auf Seiten der PiS die offene Konfrontation in der Außenpolitik. Die Opposition sah offenbar keine Chance, auf diesem Feld mit Angriffen auf die Regierung zu punkten. So war der Kurswechsel Kaczyńskis kurz vor der Wahl selbst in den eigenen Reihen höchst umstritten und trug letztlich zu seiner Niederlage bei. Wie schon bei den letzten Parlamentswahlen in 2007 erwies sich, dass mit antideutschen Ausfällen in Polen keine Mehrheiten mehr gewonnen werden können. Soweit die gute Nachricht. Die schlechte Nachricht lautet: Auch nach den Wahlen gibt es in Polen weder gegenüber den beiden großen Nachbarn Deutschland und Russland noch in der Frage der Rolle Polens in der EU einen belastbaren außen- und europapolitischen Konsens. Ein Blick in das Wahlprogramm der PiS genügt, um zu sehen, dass das Projekt der »IV. Republik« auch in seinen außenpolitischen Dimensionen weiterhin gilt. Die nationalen Interessen Polens sollen demnach mit Hilfe einer aktiven Geschichtspolitik energisch vertreten werden.<sup>11</sup>

Die zentrale Botschaft der polnischen Wahlen an die europäischen Partner besteht darin, dass es mit

einer offensiven proeuropäischen Politik und entsprechender Rhetorik auch in der aktuell turbulenten europapolitischen Lage möglich ist, Mehrheiten zu gewinnen und Wahlen für sich zu entscheiden. Damit profiliert sich Polen weiter als wirtschaftlich erfolgreicher und politisch verlässlicher Stabilitätsanker in einer krisengeschüttelten EU.

Der Wahlsieg der regierenden Bürgerplattform unter Ministerpräsident Tusk bedeutet eine klare Bestätigung des außen- und europapolitischen Kurswechsels von 2007. Getragen von einer weitgehend proeuropäischen Öffentlichkeit ist es der polnischen Regierung in den letzten vier Jahren gelungen, die bilateralen Beziehungen zu den wichtigsten Nachbarn, insbesondere zu Deutschland und Russland, auf eine neue kooperative Grundlage zu stellen, die es erlaubt, gemeinsame Interessen zu definieren und strittige Punkte offen und konstruktiv zu thematisieren. In Bezug auf Russland bedeutete dies einen historischen Neuanfang in den Beziehungen in Richtung hin zu einer schrittweisen Vertrauensbildung, der paradoxerweise durch die Flugzeugkatastrophe von Smolensk und dem Tod von Präsident Lech Kaczyński und 95 weiteren Vertretern der polnischen Elite in 2010 zunächst forciert und emotional unterfüttert wurde. Dieser Prozess steckt nach wie vor in den Anfängen und ist nicht frei von Rückschlägen, wie die wiederholten polnisch-russischen Auseinandersetzungen um die Aufklärung des Unglücks illustrieren. Umso wichtiger ist es, dass mit der Wiederwahl der Tusk-Regierung die Voraussetzung dafür geschaffen worden sind, dass dieser Prozess trotz aller Schwierigkeiten weiter geführt werden kann.

Auch in Bezug auf Polens Rolle in der EU ist es Tusk in den letzten vier Jahren gelungen, aus dem Schatten der Kaczyński-Jahre heraus zu treten und Polen als einen professionellen und konstruktiven europapolitischen Partner zu präsentieren, der fähig ist, Koalitionen zu schmieden, eigene Initiativen zu entwickeln, sein europapolitisches Thementableau zu diversifizieren und sich so auch in harten Fragen der Wirtschafts- und Finanzpolitik als kompetenter Partner zu empfehlen. Dabei hat es Tusk erreicht, seine Regierung zu einem entschiedenen Fürsprecher für eine Vertiefung der Integration in Europa

zu machen, ohne den Blick für die Durchsetzung nationaler Interessen zu verlieren. Die aktuelle Ratspräsidentschaft Polens wird diese Prozesse weiter verstetigen, die Europa-Fähigkeit des Landes nach innen und außen demonstrieren und den wachsenden Gestaltungsanspruch Polens unterstreichen. Die grundlegende Logik der Europa-Politik der Regierung Tusk läuft darauf hinaus, durch eine Stärkung der EU und ihrer Institutionen die Voraussetzung dafür zu schaffen, nationale Zielvorstellungen zu verwirklichen. Im Grunde geht es darum, mit Hilfe der EU dem Land einen umfassenden wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufholprozess zu ermöglichen und Polen als »normales Land« in der Mitte Europas zu etablieren.

Die umfassende Europäisierung Polens und seiner Außenpolitik führte unter Tusk auch zu einer konstruktiven Versachlichung der polnischen Politik gegenüber den USA in Richtung einer pragmatischen Partnerschaft, die weitgehend frei ist von romantischen Verklärungen. Dieser neue Ansatz wurde insbesondere beim Warschau-Besuch von Präsident Barack Obama im Mai 2011 deutlich, bei dem sich Polen selbstbewusst als regionale Führungsnation in Ostmitteleuropa und als wichtiger Akteur auf der europäischen Bühne präsentierte.

Deutschland ist für die polnische Regierung nicht nur ein wichtiger Nachbar und bilateraler Partner, sondern auch ein wesentlicher Erfolgsfaktor für Polens wachsende europapolitische Ambitionen. Nachdem es in den letzten Jahren gelungen ist, Konflikte über die Vergangenheit beider Länder einzuhegen und somit ein gutes Stück selbst der Vergangenheit zu überantworten, konzentrieren sich nun die polnischen Anstrengungen darauf, Unterstützung aus Berlin für die eigene Europa-Politik zu bekommen, ohne die letztere nur schwer erfolgreich sein kann. Umgekehrt gilt auch für Berlin nicht nur in Hinblick auf die augenblickliche Schuldenkrise der EU, dass es im Schulterschluss mit Warschau seine europapolitischen Zielvorstellungen weitaus effektiver verfolgen kann. Die Regierung Tusk hat Polen bislang einigermäßen

sicher durch die Finanz- und Wirtschaftskrise geführt und sich dabei mit seiner stabilitätsorientierten Finanzphilosophie als Teil des »nördlichen« Lagers in der EU und als wichtiger Partner Deutschlands präsentiert.

Die Wiederwahl der Regierung Tusk eröffnet daher auch große Chancen für das deutsch-polnische Verhältnis. In den nächsten Monaten muss es darum gehen, das im Juni 2011 von beiden Regierungen bei einer gemeinsamen Kabinettsitzung in Warschau verabschiedete umfassende Programm zur Zusammenarbeit entschlossen umzusetzen und die darin angekündigte »Formulierung gemeinsamer Initiativen« zu realisieren.<sup>12</sup> Nicht zuletzt die exzellenten persönlichen Beziehungen zwischen Tusk und Merkel, zwischen den Außenministern Sikorski und Guido Westerwelle und zwischen den Präsidenten Bronisław Komorowski und Christian Wulff bieten hierfür eine gute Basis.

Es gilt jetzt eine gemeinsame europapolitische Agenda zu formulieren und gemeinsame Prioritäten in Bezug auf die EU zu definieren. Um strittige Punkte frühzeitig zu identifizieren und Kompromissmöglichkeiten auszuloten, sind entsprechende Strukturen und Verfahren zwischen den Regierungen, Ministerien und Parlamenten zu installieren. Letzteres wird insbesondere in Bezug auf die Themenfelder EU-Budget 2014–2020, Klima- und Energiepolitik und Erweiterung erforderlich sein. Von polnischer Seite kommt es darüber hinaus entscheidend darauf an, bei der Ausformulierung der neuen wirtschafts- und finanzpolitischen Architektur der EU möglichst umfassend einbezogen zu werden. In wie weit die deutsche Bundesregierung Polen hierbei eine substanzielle Mitsprache ermöglicht, wird von Warschau als Lackmustest für seine mit Deutschland anvisierte europäische Gestaltungspartnerschaft interpretiert werden.

Anna Quirin, Programmmitarbeiterin Zentrum für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung; Stephen Bastos, seit 2011 Associate Fellow des Forschungsinstituts der DGAP.

## Anmerkungen

- 1 Die Regionalwahlen in 2006 markierten den Auftakt einer Serie von Wahlniederlagen der PiS, die mit den aktuellen Wahlausgang ihre Fortsetzung fanden: Parlamentswahlen 2007, Europa-Wahlen 2009, Präsidentschafts- und Regionalwahlen 2010.
- 2 Ein Beispiel dafür war ein Wahlplakat, auf dem junge, attraktive weibliche Kandidatinnen aus dem Parteienwachstums die Bürger mit dem Wahlslogan »Kommt mit uns, wir siegen« locken. Sehr schnell wurden die Frauen etwas spöttisch als »Kaczyńskis Engelchen« getauft. Die Wochenzeitung »Wprost« präsentierte sogar ein Doppelcover, bei dem man hinter den Engelchen die Gesichter der PiS-Oberen zu sehen bekam.
- 3 Vgl. <<http://www.wirtualnemedi.pl/artykul/kto-glosuje-na-po-partia-zyskuje-poparcie-wsrod-elektoratu-lewicego>>; <<http://wybory.onet.pl/parlamentarne-2011/sondaz-jak-wyglada-potencjalny-elektorat-pis,14867047,aktualnosc.html>>.
- 4 Vgl. <<http://www.hotmoney.pl/artykul/bezrobocie-wsrod-absolwentow-ostro-w-gore-18669>>.
- 5 Państwo PiS, in: Gazeta Wyborcza, 1./2.10.2011, S. 5.
- 6 Mozemy rządzić sami (Wir können alleine regieren), Interview mit Ministerpräsident Tusk, in: Newsweek 40/2011, S. 28.
- 7 <[http://finanse.wnp.pl/tusk-obiccal-wejscie-polski-dostrefy-euro-w-2011-r,59458\\_1\\_0\\_0.html](http://finanse.wnp.pl/tusk-obiccal-wejscie-polski-dostrefy-euro-w-2011-r,59458_1_0_0.html)>.
- 8 Następny krok. Razem zrobimy więcej. Program Platformy Obywatelskiej (Der nächste Schritt. Zusammen schaffen wir mehr. Programm Bürgerplattform), Warschau 2011, <<http://wybory.platforma.org/program/>>.
- 9 Do dwóch razy Tusk, in: Gazeta Wyborcza, 1./2.10.2011, S.21.
- 10 Jarosław Kaczyński, Polska naszych marzeń, Lublin 2011.
- 11 Nowoczesna, solidarna, bezpieczna Polska. Program Prawa i Sprawiedliwości (Ein modernes, solidarisches, sicheres Polen, Programm Recht und Gerechtigkeit), Warschau 2011, S. 216–224.
- 12 Programm der Zusammenarbeit anlässlich des 20. Jahrestages der Unterzeichnung des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen vereinbart, 21.6.2011, <<http://www.deutschland-polen.diplo.de>>.

Die DGAP trägt mit wissenschaftlichen Untersuchungen und Veröffentlichungen zur Bewertung internationaler Entwicklungen und zur Diskussion hierüber bei. Die in den Veröffentlichungen geäußerten Meinungen sind die der Autoren.

### Herausgeber:

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, Otto Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin | Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | [info@dgap.org](mailto:info@dgap.org) | [www.dgap.org](http://www.dgap.org) | [www.aussenpolitik.net](http://www.aussenpolitik.net)

© 2011 DGAP